



**Martin Burkert**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Burkert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin


Herrn  
Franz Müntefering, MdB  
Bundesminister für Arbeit und Soziales


- per Postaustausch -

#### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Unter den Linden 50  
Raum 5.039

 (030) 227 – 73363


 (030) 227 – 76162


 [martin.burkert@bundestag.de](mailto:martin.burkert@bundestag.de)

 [www.martin-burkert.de](http://www.martin-burkert.de)

#### Wahlkreis

Karl-Bröger-Straße 9  
90459 Nürnberg


 (0911) 438 96 30


 (0911) 43 56 94

 [martin.burkert@wk.bundestag.de](mailto:martin.burkert@wk.bundestag.de)

 [www.martin-burkert.de](http://www.martin-burkert.de)

Pfarrgasse 8  
91126 Schwabach

 (09122) 1 70 22

 (09122) 1 70 99

Berlin, 4. Oktober 2007

## Allgemeinverbindlichkeitserklärung Tarifvertrag für Sicherungsposten im Bereich spurgebundener Fahrbetriebe/Transportsysteme

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

ich möchte Dich bitten, Dich dafür einzusetzen, den oben genannten Tarifvertrag so schnell wie möglich als allgemeinverbindlich zu erklären. Zwischen den Firmen, die Baustellen der DB AG gegen Gefahren aus dem Bahnbetrieb absichern, herrscht ein gnadenloser Wettbewerb. Schlimm ist dabei, dass die Unternehmen ihren Konkurrenzkampf überwiegend auf dem Rücken der Arbeitnehmer austragen. Stundenlöhne von weniger als sechs Euro, unbezahlte Mehrarbeit und Arbeitszeiten von 20 Stunden sind bei den Sicherungsposten nicht selten. Der Verein „mobifair“ hat hierzu eine Dokumentation zusammengestellt und ebenso wie die Überwachungsgemeinschaft Gleisbau e.V. eine Stellungnahme verfasst (siehe Anlagen).

Durch die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit könnten natürlich nicht alle Missstände beseitigt werden. Aber für die schwarzen Schafe würde es deutlich schwerer werden, ihre in hohem Maße sicherheitsgefährdenden Machenschaften weiter zu betreiben. Leider sind einige Firmen dazu übergegangen, im Ausland nach Arbeitskräften zu suchen, die bereit sind, für 1,60 Euro die Stunde zu arbeiten. Ortsansässige Mitarbeiter mit Berufserfahrung und Ortskenntnissen haben bei solchen Armutsloh-



**Martin Burkert**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 4. Oktober 2007

nen keine Chance mehr. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz, weil eine verbindliche Lohnuntergrenze, die der ruinösen Wettbewerbsspirale eine Grenze setzen würde, bisher fehlt.

Jetzt liegt erstmals ein bundesweiter Tarifvertrag vor. Damit besteht endlich die Chance, ein gemeinsames tarifliches Mindestniveau festzusetzen und Wettbewerbsverzerrungen, Lohndumping und Arbeitsplatzverlusten entschieden entgegenzutreten. Benötigt wird hierzu eine rasche Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du auf eine schnelle Erledigung drängen könntest.

Mit freundlichen Grüßen